



Aktion
für vernünftige
Energiepolitik
Schweiz

4/03

Nach dem Strom-Blackout in Italien:

Wird der Strommarkt per Dringlichkeitsrecht reguliert?

«Wir haben Geisterfahrer auf der Stromautobahn und bisher keine Möglichkeit, diese ins Abseits zu stellen», so Walter Steinmann, Direktor des Bundesamtes für Energie BFE. Nach dem Strom-Blackout, das Italien ins Chaos stürzte, scheint dessen Ursache gefunden zu sein. Die grundlegende Ursache dieses Stromausfalls seien der ungelöste Konflikt zwischen den Handelsinteressen der beteiligten Länder und Gesellschaften sowie die technischen Voraussetzungen des heute transnationalen Elektrizitätssystems, schreibt das BFE. Im Klartext: Ein Teil des Stromes, den Frankreich nach Italien verkauft, geht anscheinend immer öfter munter über das Schweizer Netz. Diese Überlastungen vergrößern das Risiko solcher Blackouts.

UVEK und BFE prüfen nun den Erlass eines Gesetzes auf dem

Dringlichkeitsweg. Dieses Gesetz soll eine unabhängige Netzgesellschaft und einen «starken Regulator» sowie den Öffnungsgrad des Strommarktes vorschreiben. Ein solches Gesetz, das einen geregelten Übergang zur künftigen Elektrizitätswirtschaftsordnung (Elwo) ermöglichen soll, könnte von Bundesrat und Parlament beschlossen und ab sofort befristet eingeführt werden. Natürlich stossen die Reformvorschläge auf geteilte Zustimmung. Während «die Mitte», CVP und FDP, solche Reformpläne unterstützen, stört die SP die Liberalisierung, die sie ja erfolgreich bekämpft hatte. Vor allem die SVP kritisiert die Forderung nach einem «starken Regulator».

Eine Expertenkommission arbeitet bis Mitte Dezember dieses Jahres einen entsprechenden Elwo-Entwurf.

Wie sicher ist die Stromversorgung im Schweizerland?

Die kleineren Netzzusammenbrüche in unserem Land und die flächen-deckenden Stromausfälle in den USA und Europa haben drastisch gezeigt, wie empfindlich Land und Leute reagieren, deren Volkswirtschaft getroffen wird, wenn der Strom plötzlich ausfällt. Genügend Strom zu erzeugen, ist das eine, diesen pannenfrei und jederzeit an alle Endverbraucher zu bringen, das andere.

Punkto zuverlässiger, umweltschonender Produktion haben die Stimmbürger am 18. Mai ein überaus klares Zeichen gesetzt. Viele Länder beneiden uns um den bewährten Mix «Wasserkraft und Kernenergie». Der besonnene Entscheid des Volkes hat auch den europa-, ja weltweiten Trend bestätigt, wonach die Kernenergie als derzeit einzige realistische Alternative Anerkennung findet. Ja, einige Länder sind gar daran, neue Anlagen zu bauen und bestehende zu modernisieren, um für eine Zukunft ohne Engpässe gerüstet zu sein. Handlungsbedarf besteht ja ganz besonders bei unseren südlichen Nachbarn. Heute rächt sich, dass Italien vor Jahren den Musterknaben spielte und beschloss, keine eigenen Kernkraftwerke zu betreiben. Den sehr teuren (Atom-)Strom bezieht man zu grossen Teilen aus dem Ausland und ist so empfindlich abhängig geworden. In der Not überlegt man sich in Rom nun die Beteiligung am Bau von Kernkraftwerken in Frankreich.

Der richtungsweisende Abstimmungsausgang und unser Bekenntnis zur Option Kernenergie hat weitere Pluspunkte: Die technische Entwicklung kann nun zielgerichtet fortgesetzt werden und junge Menschen können wieder mit Zuversicht ein Studium Richtung Kerntechnik angehen. Das alles war in den letzten Jahren der Verunsicherung alles andere als selbstverständlich. Unser Land nimmt bezüglich Forschung einen Spitzenplatz ein, denken wir nur an das Paul-Scherrer-Institut oder an das Forschungszentrum für Plasmaphysik EPFL in Lausanne.

Doch Energiepolitik darf heutzutage nicht bloss innerhalb der Landesgrenzen stattfinden. Ob Forschung, Produktion oder Verteilung, es braucht Zusammenarbeit europaweit. Auch in dieser Beziehung sind wir auf gutem Wege, sind wir doch mit der EU assoziiert. Darüber hinaus braucht gerade der Stromhandel in Europa verbindliche Regeln. So oder so, die hundertprozentige Öffnung des Strommarktes muss angestrebt werden.

Um unsere Errungenschaften zu sichern, ist auch künftig die Politik gefragt. Im neu gewählten Bundesparlament sind wieder viele AVES-Mitglieder. Eines davon ist unser Präsident, Ständerat Rolf Schweizer. Er hat dieses Jahr eine Motion eingereicht mit dem Inhalt «Sichere Stromversorgung in der Schweiz». Die Sorge um die Versorgungssicherheit war nämlich Hauptgrund für die Ablehnung des EMG. Am Ende eines für die Schweizer Stromversorgung bedeutenden Jahres dürfen wir ganz besonders Ihnen Danke sagen. Der Vorstand tut dies, verbunden mit den besten Wünschen für ein gutes neues Jahr. Schöne Weihnachtstage und bis bald. Bruno Fäh



Die Wasserkraft spielt auch im offenen Strommarkt eine wichtige Rolle

Spitzenenergie aus dem Kraftwerk Linth-Limmern

Ulrich Frick, der Initiant und Organisator, schrieb in der Einladung zur Besichtigung:

«Die Abstimmungskampagne vom Mai 2003 hatte den Mix 60–40 herausgestrichen. Ich finde es sinnvoll, unseren Mitgliedern Einblick in einige Aspekte der nicht diskutierten 60% zu geben. Sie werden sehen, mit welch enormem Aufwand an Raum und Geld diese 60% erkaufte werden, und wie eng die Möglichkeiten der hydraulischen Erzeugung sind, wenn es um grosse Mengen Bandenergie geht, aber auch, wie flexibel solche Werke auf Spitzenanforderungen und damit auf eher gut bezahlte Lieferungen eingehen können.»

Kleiner als erhofft, dafür kompetent besetzt! So traf sich die Gruppe «AVES Pfannenstil» am Samstag, 27. September im Bahnhof Rapperswil. Das 1964 errichtete Kraftwerk Linth-Limmern ist ein Partnerwerk des Kantons Glarus und der NOK. Das Werk stellt sich wie folgt vor: «Das KLL dient dank seiner raschen Verfügbarkeit und seinem grossen Leistungsvermögen (340MW) der Erzeugung konsumangepasster Spitzenenergie. Die mittlere Jahresproduktion beträgt 428 Mio. kWh. (zirka 1200 Stunden!). Die verschiedenen Kraftwerkstufen nutzen die Wasserzuflüsse eines rund 140 km² grossen Einzugsgebiets im Quellgebiet der Linth. Ein beschränkter Pumpbetrieb erlaubt die Umlagerung von Zuflüssen zur Stufe Hintersand in den Stausee Limmernboden.»

Maschinenkaverne, Linthschlucht und Kommandoraum: Mit berechtigtem Stolz und hohem Fachwissen wurden wichtige Anlageteile vorgestellt und erklärt. Die Besucher waren sich einig: Die Führung war spannend und informativ.

Nach dem Mittagessen im nahe gelegenen Restaurant Tödi erfolgte der Start zum Nachmittagsprogramm. Per Luftseilbahn des KLL ging es auf über 1800 m. Von der Bergstation der Seilbahn führte ein 40-Minuten-Marsch durch den Stollen zu der Staumauer Limmernboden. In der Zwischenzeit hatte die Sonne sämtlichen Nebel aufgelöst und ein wunderschöner Herbsttag zeigte ein traumhaftes Glarner Bergland. Dank langjähriger Berufserfahrung konnten branchenerfahrene Reiseteilnehmer viel Wissenswertes über Vermessung und Staumauerbau mitteilen.

Zurück bei der KLL-Zentrale in Tierfehd entschloss sich ein Teil der Gruppe, den herrlichen Tag zu nutzen und den Wanderweg nach Linthal zu Fuss zu erkunden. Vor Abfahrt des Zuges nach Rapperswil traf man sich nochmals zu einem gemütlichen Schwatz und zum Erfahrungsaustausch. Mit der Hoffnung, dass es vermehrt gelingt, auch die junge Generation für die wichtigen Anliegen der AVES zu interessieren, schloss der interessante Tag.

Hans E. Schenk

CO₂-Reduktionspotenzial in der Schweiz

Das Senken der CO₂-Emissionen um 10% bis im Jahr 2010 und die Einhaltung der Ziele des Kyoto-Protokolls erfordern zusätzliche Massnahmen. Dies ergibt eine Studie des Centre for Energy Policy and Economics (CEPE) der ETH Zürich, des PSI, Würenlingen und ESU-Services, Uster.

Das CO₂-Gesetz der Schweiz schreibt bis im Jahr 2010 eine Verminderung der CO₂-Emissionen bei den fossilen Brennstoffen um 15% und bei den Kraft- und Treibstoffen um 8% gegenüber 1990 vor. Diese Zielsetzung ist auch völkerrechtlich verbindlich: Das Parlament hat im Mai 2003 das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Die CO₂-Emissionen sinken aber in den nächsten acht Jahren lediglich um 1,3% (0,5 Mio. Tonnen) anstelle der angestrebten 10%, wenn keine zusätzlichen Massnahmen getroffen werden. Dies zeigt die Studie «CO₂-Reduktionspotentiale in der Schweiz», die vom Forschungs- und Entwicklungsfonds der Gasindustrie (FOGA) unterstützt wurde.

Ziel: CO₂-Emissionen und Erdölabhängigkeit reduzieren

Die Studie untersuchte die wesentlichen technischen Optionen zur Erreichung der CO₂-Minderungsziele des CO₂-Gesetzes bzw. des Kyoto-Protokolls bis zum Jahre 2010 wie eine forcierte Nutzung von Erdgas und erneuerbaren Energieträgern und einer effizienteren Anwendung von Energie sowie die sich daraus ergebende Verminderung der Erdölabhängigkeit der Schweiz. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein vergleichender Ansatz angewendet.

Einer energiewirtschaftlichen Referenz-Entwicklung («Referenz-Szenario») werden in zwei Nachhaltigkeitsszenarien zusätzliche Nutzungen von Erdgas und erneuerbaren Energieträgern sowie einer effizienteren Energieanwendung gegenübergestellt:

Wirtschaftswachstum verursacht zusätzliche Emissionen

Der zukünftige Energiebedarf hängt von verschiedenen Grössen ab. Für die Studie wurden die folgenden energiebedarfsabhängigen Grössen für alle Szenarien als gleich angenommen: Bevölkerung und Wirtschaftsentwicklung, Wohnfläche pro Kopf, Bürofläche je Beschäftigte, Bruttowertschöpfung einzelner Sektoren, Personen- und Tonnenkilometer, Energieimportpreise und Mehrwertsteuer.

Die im CO₂-Gesetz vorgeschriebene Reduktion bis 2010 beinhaltet aber nicht nur das Vermeiden von 4 Mio. Tonnen CO₂ gegenüber 1990. Zusätzlich müssen Emissionen von etwa 6 Mio. Tonnen CO₂ kompensiert werden.

Gemäss der Studie leistet die effizientere Nutzung von Energie bei allen Energieverbrauchern – das heisst in den privaten Haushalten (z.B. Gebäudeisolation, energiesparende Elektrogeräte), im Strassenverkehr (z.B. effizientere Fahrzeuge und Fahrweisen, bessere Logistik) sowie in der Industrie und der übrigen Wirtschaft – den grössten Beitrag zur Realisierung der Ziele des CO₂-Gesetzes, und zwar mit etwa 7,7 Mio. Tonnen CO₂ fast drei Viertel des Zielbeitrags.



Die AVES Pfannenstil einmal mehr aktiv, diesmal im Glarnerland

Neuer VSG-Direktor mit richtigem Namen

Der Nachfolger von Martin Saxer als Direktor beim Verband der Schweizerischen Gasindustrie VSG heisst richtig Jean-Marc Hensch. Wir bitten um Entschuldigung und wünschen viel Erfolg.

DV 2004 der AVES Schweiz

Die Delegiertenversammlung der AVES Schweiz findet wieder einmal an zwei Tagen statt: Freitag/Samstag, 18./19. Juni 2004. Über Ort und Rahmenprogramm informieren wir Sie im nächsten Bulletin von März 2004.

Fernwärme auf neuen Wegen

Die dritte Veranstaltung der Tagungsreihe des Verbandes Schweizerischer Fernwärmeerzeuger und -verteiler VSF reiht sich lückenlos an die beiden letzten erfolgreichen Tagungen vom Januar 2002 (Strategien) und 2003 (Fernwärme im Wettbewerb) an. Die Tagung steht diesmal unter dem Motto «Fernwärme aus Investorensicht».

Auch dieses Jahr konnten wiederum namhafte Referenten für dieses interessante Thema gefunden werden. Speziell soll dieses Jahr gezeigt werden, welche Punkte für einen

zukünftigen Investor beim Aufbau einer Nahwärmeversorgung wichtig sind und beachtet werden müssen. Aus diesem Grund sind dieses Jahr neben den üblichen Interessenten aus der Fernwärmebranche besonders alle möglichen Investoren aus der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand angesprochen.

Donnerstag, 15. Januar 2004, 13.30 bis 17.30 Uhr, im World Trade Center Zürich. Weitere Informationen unter www.fernwaerme-schweiz.ch oder info@fernwaerme-schweiz.ch.

Gösgen-Nasslager:

Erstes Übungsfeld für (schlechte) Abstimmungsverlierer

Gegen das Gesuch der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG um Bau- und Betriebsbewilligung für ein zusätzliches Nasslager für abgebrannte Brennelemente haben 17 Personen und Organisationen Einsprache erhoben. Das KKG schreibt in einer Stellungnahme dazu u. a.: «Das KKG-Gesuch zur Erweiterung der bestehenden Nasslagerkapazität verlangt nach geltendem Recht eine bundesrätliche Bau- und Betriebsbewilligung. Die Einsprechenden verlangen nun, dass das neue KEG anzuwenden sei. Dieses Gesetz tritt aber frühestens 2005 in Kraft und die entsprechenden Verordnungen liegen noch nicht vor.» Der Bundesrat wird voraussichtlich Anfang 2004 über das Gesuch entscheiden.

Schon bald nach der Schlappe vom 18. Mai hatten Kernenergiegegner verkündet, dass sie ihren Kampf gegen die Kernenergie mit Einsprachemöglich-

keiten des neuen Kernenergiegesetzes fortsetzen werden. Da kommt ihnen das seit längerer Zeit geplante Nasslager im KKW Gösgen gerade recht. Nur ist das neue KEG, wie man weiss, noch nicht in Kraft. Doch die Kernkraftgegner sind dreist genug, um zu verlangen, die ihnen passenden Teile des Gesetzes seien vorzeitig in Kraft zu setzen. Ein solch willkürliches Zurechtbiegen unserer Rechtsordnung, auf die diese Leute sonst so viel Wert legen, ist eine «rechtsstaatliche Ungeheuerlichkeit», wie auch SVA-Präsident Dr. Bruno Pellaud zu Recht kritisierte.

Solch unschweizerische Manieren weist auch die AVES mit aller Deutlichkeit zurück. Den Zeitpunkt der Inkraftsetzung einer neuen Gesetzgebung setzt immer noch der Bundesrat fest und nicht eine versprengte Schar schlechter Abstimmungsverlierer.

Bundesrat lehnt massive Verteuerung des Treibstoffes ab

Der Bundesrat lehnt eine Motion der Grünen Fraktion des Nationalrates ab, die mit der Verteuerung des Treibstoffes um 100 Rp./Liter den öffentlichen Verkehr fördern will. Er vertritt die Auffassung, dass die Erhebung eines solchen

Zuschlags verfrüht sei und zuerst die Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssten, die das CO₂-Gesetz und die neue Schwerverkehrsabgabe im Hinblick auf die Reduktion der Luftverschmutzung bieten.

Optimierung gefragt:

ETH-Studie fordert flexiblere Wasserzinsen

Die heutige Ausgestaltung der Wasserzinsen ist aus ökonomischer Sicht kein optimales System. Zu diesem Schluss kommt eine am 27. November 2003 veröffentlichte Studie des Centre for Energy Policy and Economics (CEPE) der ETH Zürich. Die Studie fordert eine Abkehr vom heutigen starren System der Wasserzinsberechnung und schlägt einen flexiblen

Ansatz vor, basierend auf dem ökonomischen Konzept der Ressourcenrente. Mit einer gewinnbasierten Abgabe würde der wirtschaftlichen Situation der Werke stärker Rechnung getragen werden, was im Hinblick auf die Strommarktliberalisierung von grosser Wichtigkeit sei, so die Studie.

CO₂-Reduktion:

Energie Schweiz verschlingt zwar Millionen, ist aber nicht einziger Musterknabe

Liest man den Jahresbericht von Energie Schweiz, so muss man sich tatsächlich die Augen reiben. Niemand zweifelt an der Berechtigung des Nachfolgeprogramms von Energie 2000, auch soll Energie Schweiz weiterhin Beiträge in realistischer Höhe von Bund und Kantonen erhalten. Doch zwei Dinge sind da schon zu bemerken:

Wirtschaft spart auch ohne staatlichen Dirigismus

Im Jahrebericht und in Verlautbarungen dazu wird der Eindruck erweckt, jegliche Einsparungen von CO₂ seien nur dank Energie Schweiz zustande gekommen. Abgesehen davon, dass solche Abläufe ja nie hundertprozentig erfasst und schon gar nicht der einen oder andern Massnahme so genau zugeordnet werden können, scheinen uns diese «Erfolgsmeldungen» von Energie Schweiz mehr als kühn! Ungezählte freiwillige, teure Massnahmen der Wirtschaft sind doch an der erreichten CO₂-Reduktion beteiligt. Den Mund gar

etwas voll nimmt man bei der Behauptung, mit 150 Millionen Franken (Abgaben) könnten pro Jahr zwei Milliarden Investitionen ausgelöst und damit sage und schreibe 15 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Schön, dass man mit 10 000 Franken hierzulande einen Arbeitsplatz auf die Beine stellen kann ...!

Energie Schweiz soll weniger Mittel effizienter einsetzen

Beim Paket der dringend notwendigen Entlastungsmassnahmen muss auch Energie Schweiz ein paar Federn lassen; also mitsparen. Und der so verkleinerte Beitrag muss – das ist nur logisch – ganz auf jene Programme konzentriert werden, bei denen das grösste Einsparungspotenzial an CO₂ liegt. Und das ist klar nicht die Stromproduktion, sondern die Bereiche Verkehr und Gebäude. Und hier wiederum soll man sich richtigerweise an die Richtlinien der EU halten und nicht ohne Not gar über diese hinausgehen.

Deutschland:

Kernkraftwerke vermeiden 165 Mio. t CO₂

Im vergangenen Jahr produzierten die 19 deutschen Kernkraftwerke brutto insgesamt 165 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Strom, 6,3% weniger als die Rekordproduktion von 171 Mrd. kWh im Vorjahr. Spitzenreiter in der Produktion war wiederum Isar-2 mit 12,17 Mrd. kWh. Das Deutsche Atomforum betont, dass die Kern-

kraftwerke annähernd einen Drittel des Stroms im Land erzeugten und der Atmosphäre jährlich rund 165 Mio. t CO₂ ersparten, gleich viel wie die Emissionen des gesamten Strassenverkehrs in Deutschland ausmachten (Medienmitteilung des Deutschen Atomforums vom 29. Januar 2003).

PRÄSIDENT

lic. iur. Rolf Schweiger, Ständerat, Baar

VIZEPRÄSIDENT

lic. iur. Konrad Studerus, Kantonsrat, Edlibach ZG

MITGLIEDER

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat, Gipf-Oberfrick AG
Rudolf Imhof, Nationalrat, Laufen BL
Eric Weber, Ing. ETS, Yverdon VD
Jörg H. Kramer, dipl. Ing. TUG, Winterthur ZH
Walter F. Böhlen, Grossrat, Niederrohrdorf AG
Konrad Niederberger, Stans NW
Rita Kohlermann, Landrätin, Therwil BL
Alfred Marthaler, Kirchlindach BE
Jean-Pierre Bommer, Geschäftsführer FRE, Lausanne

REDAKTION

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz
Postfach 527, 8027 Zürich
Telefon 01 212 40 90, Fax 01 212 65 69

INTERNET

www.aves.ch

MAIL

info@aves.ch

DRUCK

Victor Hotz AG, Steinhausen
Erscheint vierteljährlich

AZB
8027 Zürich

AVES Pfannenstil:

Atommüll aus der Holzheizung?

HS) Überrascht hat uns eine Meldung aus Frankreich. Aufgrund zu hoher Radioaktivität musste auf behördlichen Befehl die Holzheizung eines Spitals schon vor einigen Monaten stillgelegt werden. Wie ist dies möglich?

Im Holz hat es, als natürliches Isotop, unter anderem auch Kalium 40. Wenn Holz nicht zu heiss verbrannt wird, bleibt diese radioaktive Komponente in der Asche zurück und belastet dadurch unsere Atemluft nicht. Aber aufgepasst:

Der radioaktive Rückstand Kalium 40 in der Holzasche erreicht oder überschreitet den Richtwert für Stoffe, welche eine Nuklearanlage verlassen dürfen. Um Alternativprojekte nicht zu gefährden hat die schweizerische Strahlenschutzverordnung dieser Tatsache Rechnung getragen und «in der Natur vorkommende Radioaktivität» nicht den Kriterien für Messung, Lagerung und Entsorgung unterstellt.

Ergebnis: Ein Holzfeuer in einem Kernkraftwerk ergibt Holzasche, welche überprüft und beim Verlassen als Atommüll deklariert werden muss. Das gleiche Feuer ausserhalb einer Atoanlage gibt zwar genau gleich viel des

Isotops Kalium 40 frei, wie wenn es innerhalb der Atoanlage gebrannt hätte, aber die Radioaktivität wird nicht gemessen. Falls sie gemessen wird, ist sie nach Strahlenschutzverordnung zulässig.

Man kann bei geeignetem Abbrennen des Holzes dafür sorgen, dass das Isotop Kalium 40 im Rauch zum Himmel steigt. Dann wird es nicht erfasst, und es entsteht kein «Atommüll».

(Für die physikalisch exakte Erklärung kontaktieren Sie die Internetseiten der AVES Pfannenstil unter: www.aves-zh.ch > Aktuelle Infos)

- AG** AVES Aargau
Walter Forrer
Winkelweg 2, 5727 Oberkulm
walter.forrer@bluewin.ch
- BE** AVES Bern
Beat Schauwecker
Postfach 8023, 3001 Bern
bern@aves.ch
- BS/BL** AVES Region Basel
Rita Kohlermann
Postfach, 4010 Basel
r.kohlermann@nkbb.ch
- GL** AVES Glarus
Erich Kaufmann
Neubauquartier 9
8755 Ennenda
ek@nok.ch
- GR** AVES Graubünden
Dr. Theo Portmann
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur
- LU** AVES Luzern
Michel Caliaro
Habermattweg 24, 6010 Kriens
- NW** AVES Nidwalden
Postfach 1004, 6371 Stans
- SG** AVES St. Gallen/Appenzell
Mario David
Kreuzstrasse 31, 9032 Engelburg
david_mario@bluewin.ch
- SH** AVES Schaffhausen
Hans-Rudolf Steinegger
Villenstrasse 8
8200 Schaffhausen
- SO** ASE Solothurn
Postfach 130, 4504 Solothurn
- SZ** AVES Schwyz
Hans Gnös
Tannenweg 9, 6410 Goldau
- TG** AVES Münsterlingen
Postfach 146, 8596 Münsterlingen
- TI** ASPER Ticino
Casella postale 24, 6948 Porza
dino.bornatica@bluewin.ch
- UR** AVES Uri
Marlies Z'graggen
Hellgasse 63, 6460 Altdorf
- VS** AVES Oberwallis
Postfach 281, 3930 Visp
- ZG** AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug
konrad.studerus@datazug.ch
- ZH** AVES Pfannenstil
Postfach 412, 8636 Wald
info@aves-zh.ch

AVES Winterthur
Postfach 1545, 8401 Winterthur
jkramer@bluewin.ch
- FRE** Fédération romande pour l'Energie FRE
Case postale 673
1000 Lausanne 1
jpbommer@bluewin.ch

aves persönlich

Ohne redaktionelle Verantwortung

Das Kernenergiegesetz nach dem 18. Mai

Das klare, doppelte Nein zu den Ausstiegsplänen einer schwindenden Minderheit von Utopisten erleichtert eine zukunftsorientierte Energiepolitik! Die Erfahrung der 90er Jahre zeigt, dass die Stromnachfrage weder durch Energiesparprogramme noch durch die Rezession wirksam gedämpft werden kann. Falls unsere Wirtschaft in einigen Jahren dank Investitionen und Innovationen wieder wachsen wird, dürfte das inländische Stromangebot bald knapp werden. Vermutlich wird auch noch in einigen Jahrzehnten die zusätzliche Nachfrage am sinnvollsten nuklear gedeckt werden können.

Der für die Stromer offensichtlich lukrative Exportmarkt Italien könnte sogar wachsen. Angesichts der heutigen Arbeitsmarktsituation sind Stromexporte erwünscht. Was wohin exportiert wird, zählt immer weniger, Hauptsache, die Wertschöpfung findet in der Schweiz statt. Damit muss ein Tabu fallen: die Planung eines zusätzlichen, neuen Kernkraftwerkes in der Schweiz könnte schon gegen Ende des Jahrzehnts diskutiert werden. Ist es abwegig, dass sich eine Schweizer Gemeinde als Standort für den ersten «Europäischen Druckwasserreaktor EPR» bewirbt? Schon Beznau 1 und 2 waren

Referenzanlagen, allerdings für Westinghouse. Bisher ist das untere Aaretal mit den beiden Reaktoren sehr gut gefahren, die Akzeptanz in der Bevölkerung ist sehr hoch, man ist auch froh über die Arbeitsplätze. Hoffentlich bringt das neue Atomgesetz strenge, aber faire und einfache Bewilligungsverfahren, die neue Investitionen ermöglichen statt verhindern! Die Schweiz gilt immer noch als sauberes und sicherheitsbewusstes Land, zudem sind Ausbildung und Arbeitsmoral hoch, dafür die Steuern sowie das Zinsniveau eher niedrig. Das spricht für den Standort Schweiz, auch für den ersten «EPR».

Markus Alder, Dietikon